

## **Niederschrift**

### über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 27.01.2010

Ort: Aula des Beruflichen Schulzentrums für Technik II, Schloßstraße 3,  
09111 Chemnitz

Zeit: 15:35 Uhr – 22:44 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

### Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin  
Ist: 56 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

### Anwesenheit

#### **Entschuldigt**

Herr Hans-Peter Lohse  
Herr Michael Wirth

Fraktion FDP  
SPD-Fraktion

Krankheit  
Dienstreise

#### **Verspätetes Erscheinen**

Frau Dr. Heidi Becherer

SPD-Fraktion

18:30 Uhr, TOP 6.5,  
dienstlich

Herr Martin Kohlmann

Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

15:39, TOP 4,  
dienstlich

Frau Verona Schinkitz

Fraktion DIE LINKE

15:40, TOP 4,  
dienstlich

#### **Frühzeitiges Verlassen**

Frau Annekathrin Giegengack

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

22:30 Uhr, TOP 6.8,  
persönlich  
(Kinderbetreuung)

Herr Wolfgang Höhnel

CDU-Ratsfraktion

21:20 Uhr, TOP 6.5,  
krankheitshalber

Herr Michael Walter

CDU-Ratsfraktion

22:17 Uhr, TOP 6.6,  
Dienstreise

#### **beratend Teilnehmende**

Frau Bettina Bezold

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Berthold Brehm

Bürgermeister Dezernat 1

Frau Karin Genkel

Kinderbeauftragte

Frau Petra Liebetau

Behindertenbeauftragte

Frau Heidemarie Lüth

Bürgermeisterin Dezernat 5

Herr Lutz Neubert

Ortsvorsteher Grüna

Herr Detlef Nonnen

Bürgermeister Dezernat 2

Herr Miko Runkel

Bürgermeister Dezernat 3

Frau Petra Wesseler

Bürgermeisterin Dezernat 6

**Gast**

Herr Badura

stellv. Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Chemnitz

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Isabel Antkowiak	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Annekatriin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15
Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Frau Verena Martin	Abteilungsleiterin Abt. 20.1
Frau Annegret Obels	Amtsleiterin Amt 30
Herr Dieter Schinke	Sachbearbeiter Abt. 20.1

**Fraktionsangestellte**

Frau Kristina Bierögel	CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Robert Gruner	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

**Schriftführerin**

Frau Ramona Seidel Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Zur Beschlussvorlage Nr. B-010/2010 (TOP 6.3) wurde je ein Änderungsantrag von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses sowie der Fraktion FDP ausgereicht.

Zur Beschlussvorlage Nr. B-024/2010 (TOP 6.4) wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Zur Beschlussvorlage B-019/2010 (TOP 6.5) wurden Änderungsanträge der Fraktionen, eine zusammengefasste Aufstellung der Verwaltung sowie Stellungnahmen der Ortschaftsräte ausgereicht.

Zu den Beschlussanträgen wurde je eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass seine Fraktion den Beschlussantrag BA-001/2010 (TOP 8.1) aufgrund der umfangreichen Stellungnahme der Verwaltung zurückziehen möchte. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung des Antrages.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis: bestätigt

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates  
- öffentlich - vom 16.12.2009
- 

Es liegen keine Einwendungen vor.

- 4 Informationen der Oberbürgermeisterin
- 

Konsolidierungskonzept und Entwicklungskonzept der Stadt Chemnitz bis zum Jahr 2015

Da mit den Haushalten ab dem Jahr 2011 mit erheblichen Fehlbeträgen zu rechnen sei, müsse ein Konzept entwickelt werden, welches es ermöglicht, an den wesentlichen Entwicklungszielen der Stadt festzuhalten und trotzdem zu vermeiden, dass der Haushalt über viele Jahre aus dem Lot gerät. Aus diesem Grund findet am 29.01.2010 eine Klausurberatung der Oberbürgermeisterin gemeinsam mit den Bürgermeistern statt, in welcher sich über die Handlungsfelder und Konsolidierungsziele verständigt und ein Zeitplan zum weiteren Vorgehen festgelegt werden soll. Um die Stadtratsmitglieder frühzeitig zu informieren, hat die Oberbürgermeisterin die Fraktionsvorsitzenden und interessierte Stadtratsmitglieder zu einer ersten Beratung eingeladen, in welcher die ersten Ergebnisse vorgestellt werden sollen.

Stand zur Umsetzung des Konjunkturpakets

Inzwischen liegen alle Bewilligungen für die Sanierungsmaßnahmen vor. Per 31. Dezember 2009 wurden ca. 13 Millionen € beauftragt; das sind 35 % des Gesamtvolumens. Der Landesrechnungshof prüft derzeit 17 Hochbau- und 5 Tiefbaumaßnahmen. Prüfungsschwerpunkte sind vor allem die Vergabeverfahren und bautechnische Sinnhaftigkeiten der Maßnahmen. Die Begleitung und Zuarbeit an den Rechnungshof ist sehr zeitintensiv und mit hohem zusätzlichem Arbeitsaufwand verbunden. Für den Stadtrat am 10. März 2010 wird ein Sachstandsbericht aller Maßnahmen des Konjunkturpakets durch Frau Bürgermeisterin Wesseler erarbeitet. Bisher gibt es nur eine Maßnahme, die sich weit schwieriger gestaltet, als ursprünglich geplant, dies sei der Balkon am Stadtverordnetensaal, welcher akute bauliche Mängel aufweise. Deshalb muss er abgebaut und wieder aufgebaut werden. Damit verbunden ist das Stagnieren der Sanierung des Stadtverordnetensaals. Somit ist der Fertigstellungstermin August 2010 nicht mehr haltbar.

Stand zur Bewerbung „Stadt der Wissenschaft 2011“

Gegenwärtig wird intensiv an der Bewerbungsschrift gearbeitet. Um die Projekte und Ideen für die Vollbewerbung weiter zusammen zu führen, ist seit 5. Januar 2010 ein Wissenschaftsbüro eingerichtet. Dieses ist mit 2 Mitarbeitern der Stadtverwaltung besetzt. Das Büro koordiniert die Arbeit der 11 Projektgruppen, die die Projekte in den einzelnen Themenfeldern zusammentragen. Gegenwärtig arbeiten weit über 100 Beteiligte unterschiedlicher Bereiche in den verschiedenen Projektgruppen Am 22.01.2010 tagte erstmals in größerer Besetzung der gemeinsame Ausschuss.

Es wurde gemeinsam das weitere Vorgehen beraten und erste inhaltliche Aspekte zur Präsentation am 25. März in Berlin besprochen. Mitte Februar trifft sich das Gremium erneut, um die weitere Etappe abzustecken und zu besprechen.

#### Bilanz und Perspektive Innenstadt

Der Mietvertrag zum „Haus der Archäologie“ ist unterschrieben. In den letzten Tagen wurde die Entwurfsplanung mit allen Beteiligten abgestimmt, so dass nun die baufachliche Prüfung des Zuwendungsvorhabens durch die Oberfinanzdirektion ansteht. Der Bauantrag ist ebenfalls eingereicht. Offizieller Baubeginn ist voraussichtlich Mitte 2010. Der Bau soll Ende 2011 fertig sein und 2012 seiner Bestimmung übergeben werden. Die Stadt werde den Vorplatz vor dem Museum neu gestalten. Dabei sind auch die Verlegung der Taxistände und die Bereitstellung von Bushalteplätzen auf dem Parkplatz direkt gegenüber vorgesehen. Die Entscheidung zur Vorplanung für den Vorplatz des Museums ist für den Planungs- und Umweltausschuss im Juni 2010 vorgesehen, der Bauausführungsbeschluss für das letzte Quartal dieses Jahres. Die öffentlichen Flächen zwischen dem Archäologiemuseum und dem TIETZ werden ebenfalls neu gestaltet. Für den Johannesplatz, läuft das Umlegungsverfahren für die Fortsetzung des Walls von der Straße der Nationen bis zur Zentralhaltestelle in Richtung TIETZ. Die Baumaßnahme „Wall“ ist durchfinanziert, wenn die Mittel 2010 und 2011 in der heutigen Haushaltsberatung so bestätigt werden.

Der Rohbau im Baufeld B 3 wird voraussichtlich etwas früher fertig als geplant. Alle wesentlichen Gewerke sind mittlerweile vergeben. Der Vermietungsstand im Haus verbessert sich stetig. Für die noch freien Ladeneinheiten herrscht Nachfrage.

Auch für das Gebäude Straße der Nationen 2 bis 4 sind Nachmieter gefunden. 2009 zogen dort das Sozialgericht sowie das Finanzamt Chemnitz/Mitte ein.

Ein wesentlicher Impuls für das Quartier Johannesplatz wird durch den Investor Herrn Kellnberger erwartet. Er hat das Gebäude der ehemaligen Bundesbank sowie das Rawema-Gebäude gekauft. Hier beabsichtigt er eine eher kleinteilige Vermietung sowie Einzelhandel und Gastronomie. Das Haus soll voraussichtlich bis 2011 saniert und danach schrittweise vermietet werden.

Für das Gebäude zwischen dem „Haus der Archäologie“ und dem Haus der „Freien Presse“ gibt es ebenfalls eine klare Perspektive. Die Innungskrankenkasse IKK wird dort ihre neue Geschäftsstelle eröffnen.

Ein weiteres Projekt der Städtebauförderung ist die Jugendherberge am Getreidemarkt. Dieses Vorhaben wird Kinder, Jugendliche und junge Familien in die Innenstadt bringen und auch eine Entwicklung an der Theaterstraße auslösen. Dazu konnte im Februar 2009 der städtebauliche Vertrag mit der Stadtwerke AG unterzeichnet werden. Der Mietvertrag zwischen den Stadtwerken und dem Jugendherbergswerk ist für 20 Jahre geschlossen. Inzwischen wurde mit dem Bau begonnen. Auch hier soll die Eröffnung im Jahre 2011 sein.

Eine Initialzündung für die nördliche Innenstadt könnte eine Entscheidung des Freistaates Sachsen für einen Campus oder einen Teilcampus der Technischen Universität in Form der Universitätsbibliothek in zentraler Lage sein.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

---

Es gibt keine Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass.

6 Beschlussvorlagen

---

6.1 Anmietung einer durch die Sparkasse Chemnitz neu errichteten Kindertagesstätte  
Vorlage: B-256/2009 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

---

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht gegen eine Kindertagesstätte im Stadtzentrum sei, die Beschlussvorlage aber ablehne, da sie unzureichend sei. Sie erwarten u. a. Informationen zur Raumanordnung, ob die Einrichtung energetisch konzipiert sei, ob es eine Kinderküche gebe und wie das Freigelände gestaltet werden solle. Des Weiteren erfolgte keine Abwägung, ob es ggf. sinnvoller sei, diese Einrichtung durch einen Freien Träger betreiben zu lassen. Er gehe davon aus, dass Fördermittel nur bereitgestellt werden, wenn 50 % der Plätze betrieblich genutzt werden und fragt, wer diese Auslastung garantiere. Des Weiteren gehe aus der Vorlage hervor, dass zwar der Mietvertrag 25 Jahre laufe, aber der Mietzins nach 10 Jahren neu verhandelt werde. Spätestens dann sei man auf den guten Willen einer Bank angewiesen, wobei man nicht wisse, ob die Sparkasse in zehn Jahren mehrheitlich noch Chemnitz gehöre. Seine Fraktion fordere die Überarbeitung der Beschlussvorlage.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** informiert, dass sich der Jugendhilfeausschuss sehr ausgiebig mit der Beschlussvorlage beschäftigt habe und durch das Schreiben des Vorstandes der Sparkasse viele Fragen beantwortet wurden. Nach diesen Aussagen werde die Kindertagesstätte so gebaut, wie es seitens des Stadtrates und der Verwaltung gewünscht werde. Er sagt, dass die Investitionssumme so bemessen sei, dass die Kindertagesstätte daraus gebaut werden könne. Auch liege noch keine konkrete Bauplanung vor, weil aus Kostengründen erst der Stadtratsbeschluss abgewartet werden solle. Er erklärt, dass es für die Betriebsplätze eine Richtlinie des Jugendamtes zur Finanzierung von Betriebskindertagesstätten gebe und nach dieser habe die Sparkasse die Investition für eine bestimmte Anzahl von Plätzen zu tragen, auch wenn sie diese nicht belege. Die Stadt müsse diese Kosten somit nicht übernehmen. Die Übergabe der Einrichtung an einen Freien Träger hätte finanziell auch keine Auswirkungen. Herr Hopperdietzel stellt fest, dass alle bisher neu errichteten Kindertagesstätten durch Freie Träger betrieben werden und nunmehr die Stadt eine Einrichtung übernehmen solle. Er werde der Beschlussvorlage aufgrund der neuen Informationen zustimmen.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt, dass die Fraktion FDP die geplante Kindertagesstätte für eine wundervolle Einrichtung halte und es gut finde, dass die Sparkasse damit ein Zeichen für Kinder setze.

**Beschluss B-256/2009**

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, auf eine Anmietung einer Kindertagesstätte in der Moritzstraße hinzuarbeiten.
2. Die geplanten 75 Plätze sind in den Bedarfsplan aufzunehmen.
3. Die Oberbürgermeisterin wird zum Abschluss des Mietvertrages ermächtigt.
4. Die aus dem Vertrag resultierenden Kosten sind ab dem Haushaltsjahr 2011 zu planen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(wenige Nein-Stimmen, einige Stimmenthaltungen)**

- 6.2 Aktualisierung der Punkte 4, 5 und 6 des Bedarfsplanes der Stadt Chemnitz für Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Frühförderung, Horteinrichtungen für Kinder von Förderschulen und Kindertagespflege  
Vorlage: B-226/2009 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-226/2009**

Der Stadtrat beschließt die Aktualisierung der Punkte 4 (Bedarfsplanung), 5 (Öffnungszeiten) und 6 (Statistische Angaben) des Bedarfsplanes der Stadt Chemnitz für Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Frühförderung, Horteinrichtungen für Kinder von Förderschulen und Kindertagespflege gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(1 Stimmenthaltung)**

- 6.3 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Frühförderung, Horteinrichtungen für Kinder von Förderschulen sowie in Kindertagespflege (Satzung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege) vom 13. Januar 2009  
Vorlage: B-010/2010 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

**Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass der Stadt Chemnitz neben verschiedener angestrebter Titel eine wenig schmeichelhafte Ehre als „Chemnitz, die Rentnerregion Europas“ zu teil wurde, wie aus einer Prognose des europäischen Statistikamtes hervorgehe. Offensichtlich wolle die Stadtverwaltung zumindest diesen Titel auf lange Sicht verteidigen, da sich nur so aus Sicht seiner Fraktion der Vorschlag zur Erhöhung der Gebühren für die Kinderbetreuung um bis zu 20 % und die gleichzeitige Reduzierung der Betreuungszeiten erklären ließe. Er stellt fest, dass der Bundestag im vergangenen Jahr mit dem Bürgerentlastungsgesetz und der damit verbundenen Erhöhung des Kindergeldes ein richtiges Zeichen für Familien gesetzt habe und diese Erhöhung nun in Chemnitz wieder einkassiert werden solle. Dies sei mit dem Anspruch einer kinder- und familienfreundlichen Stadt nicht in Einklang zu bringen. Er appelliert an alle Stadtratsmitglieder, die Rahmenbedingungen für mehr Kinder in Chemnitz zu verbessern und die Beschlussvorlage abzulehnen.

**Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion)** spricht zu den in § 6 geregelten Veränderungen zu den Betriebsferien bzw. Schließzeiten in den Kindertagesstätten und sagt, dass sie diese Veränderung ausdrücklich begrüße

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** erklärt zum Bürgerentlastungsgesetz, dass das Geld, was der Bund beschlossen habe, durch die Kommunen finanziert werde und es so natürlich leicht sei, Beschlüsse dieser Art zu fassen. Er weist darauf hin, dass vor dem Beschluss zur Erhöhung des Kindergeldes Sozialverbände dieses ablehnten und stattdessen die Erhöhung der strukturellen Jugendhilfe forderten. Zur Beschlussvorlage sagt er, dass eine Erhöhung der Beiträge in den Kindereinrichtungen von niemandem wirklich gewollt sei. Diese Entscheidung sei aber im Zusammenhang mit der Haushaltssituation der kommenden Jahre erforderlich.

Er denkt, dass mit dem Änderungsantrag einiger Mitglieder des Jugendhilfeausschusses in die Richtung der Träger der Einrichtungen und auch vieler Eltern gegangen werde, in dem die Betreuungszeiten bestehen bleiben und die Betreuungskosten erhöht werden müssen. **Herr Hopperdietzel** erklärt, dass dieser Änderungsantrag die Streichung des § 1 der Änderungssatzung beabsichtige und weist darauf hin, dass konsequenter Weise alle weiteren Paragraphen aufrücken.

**Frau Bürgermeisterin Lüth** sagt, dass es auch für sie nicht leicht ist, eine Beitragserhöhung vorzuschlagen. Aber sie müsse sich den aktuellen Problemen stellen und hoffe auf ein gemeinsames Votum, diese zu lösen. Sie fügt hinzu, dass Chemnitz als einzige Stadt in Sachsen seit dem Jahr 2003 die Beiträge nicht erhöht habe. Und es sei trotzdem ein Zeichen von Kinder- und Familienfreundlichkeit, da man trotz der geplanten Beitragserhöhung noch immer unter den Beiträgen von Leipzig und Dresden liege. Dabei zahlen 38 % der Chemnitzer Eltern auf Grund ihrer wirtschaftlichen Situation keine Beiträge. Sie bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass die zu erhöhenden Gebühren schmerzlich seien, aber wohl sein müssen. Damit werde aber die Erwartung verbunden, dass die Qualitätssicherung in der Betreuung der Kinder in den Einrichtungen wirklich gewährleistet bleibe. Dazu gehöre ganz konkret die Frage der Vor- und Nachbereitungszeit für die Erzieherinnen. Ihre Fraktion sehe die Erhöhung der Gebühren unter anderem auch darin begründet, dass solche Sachen definitiv umgesetzt werden.

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, warum diese Vorlage aus Sicht seiner Fraktion nicht hinnehmbar sei. Dazu gehöre, dass Beschlüsse des Stadtrates auch bei der Aufstellung des Haushaltes bindend seien. Und somit könne es nicht sein, dass im Vorfeld zum jetzigen Beschluss, ein Haushaltplanentwurf vorgelegt werde, in welchem der vorgeschlagene Konsolidierungsbetrag, der sich daraus ergibt, schon eingearbeitet sei, ohne zu wissen, ob diese Vorlage bestätigt werde. So werde eine Situation erzeugt, wo die Stadtratsmitglieder mehr oder weniger genötigt werden, der Vorlage zuzustimmen, da ansonsten der Haushaltsausgleich gefährdet sei. Es sei auch nicht hinzunehmen, dass ein Konsolidierungspotential dargestellt werde, ohne Entscheidungsalternativen darzustellen. Mit der Streichung der Vor- und Nachbereitungszeiten sehe seine Fraktion in großen Teilen die Umsetzung des Bildungsplanes in den Kindereinrichtungen gefährdet.

**Frau Bürgermeisterin Lüth** verdeutlicht, dass es sich bei der Beschlussvorlage um eine Satzungsänderung handle und die Vor- und Nachbereitungszeiten davon überhaupt nicht berührt seien und somit bestehen bleiben. Trotz allem müsse die entsprechende Qualität erreicht werden.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass mit der Vorlage das Signal vom Stadtrat ausgehe, dass für den Titel „Stadt der Wissenschaft“ finanzielle Mittel da seien und die Eltern deshalb höhere Gebühren zahlen müssten.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** stellt fest, dass der Bund mit seiner Politik Steuergeschenke mache, welche die Kommunen zu 100 % finanzieren müssen. Zu den Vor- und Nachbereitungszeiten sagt er, dass die Stadt Chemnitz aus Verantwortung gegenüber den Kindern Aufgaben mache, die originär im Verantwortungsbereich des Landes liegen. Die Vor- und Nachbereitungszeit hätte im Zuge der Einführung des sächsischen Bildungsplans mit beschlossen werden müssen. Das Geld dafür hätte den Kommunen zur Verfügung gestellt werden müssen.

**Frau Stadträtin Giegengack (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** stimmt Herrn Brückom zu und fragt zu den Vor- und Nachbereitungszeiten, ob dennoch in den Kindertagesstätten bereits eine Änderung dieser Zeiten durchgestellt bzw. vorgenommen wurde.

**Frau Bürgermeisterin Lüth** sichert zu, dass dieser Sachverhalt in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt geprüft werde.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** erklärt, dass trotz der unterschiedlichen Auffassungen zur Bundes- und Landespolitik der Stadtrat über kommunale Dinge entscheide. Und da müsse man sich eben fragen, wofür man das Geld ausgeben wolle. Man müsse prüfen, ob man eine „Stadt der Wissenschaft“ sein wolle und dafür die Elternbeiträge erhöhen müsse. Die Prioritätensetzung stimme seiner Meinung nach nicht.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** sagt, dass Chemnitz eine „Stadt der Wissenschaft“ sein wolle, weil dies der Stadt auch nach außen hin gut zu Gesicht stehe und Optionen für die Zukunft aufzeige.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** weist darauf hin, dass die Stadt Leistungen von Eltern, welche aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation keine Beiträge zahlen, freiwillig übernehme. Wie Kinder ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können, hänge auch von den häuslichen Situationen ab. Und er denke, dass die Stadt die Aufgabe habe, zwischen diesen unterschiedlichen Bedingungen eine Art soziale Gerechtigkeit herzustellen.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** meint, dass die angesprochene Bewerbung um den Titel „Stadt der Wissenschaft“ nichts mit der Thematik der Vorlage zu tun habe. Sie stehe dennoch im Zusammenhang, da man so den Kindern später eine Perspektive möglichst auch in Chemnitz geben könne und dies sei möglich in einer Stadt, die auch nach außen strahle und dies tue sie unter anderem auch durch diesen Titel.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** merkt zum Redebeitrag von Herrn Ziems an, dass sie es für falsch und denunziatorisch halte, die ältere Generation gegen die junge nachwachsende Generation auszuspielen und sie rät ihm, dies zu lassen. Zur Erhöhung der Kindertagesstättenbeiträge erklärt sie, dass trotzdem jedes Jahr der Zuschuss zu den Kindertagesstätten erhöht werde.

**Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** weist den Vorwurf der Denunziation und des Gegeneinanderauspielens entschieden zurück. Er wolle zum Ausdruck bringen, dass in Chemnitz insbesondere das Augenmerk auf die Kinder gelegt werden müsse, da sie die Zukunft der Stadt seien.

**Herr Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP)** appelliert, dem Änderungsantrag der Fraktion FDP zuzustimmen. Die Stadtratsmitglieder müssten sich vergegenwärtigen, dass der Stadtrat die Budgethoheit habe und somit entscheide, wofür die Haushaltsmittel vergeben werden. Er denke, dass es im Haushalt für das Jahr 2010 einfach drin sein müsse, dass die Beiträge für die Kindertagesstätten nicht erhöht werden. Er bitte darum, der Erhöhung der Beiträge abzulehnen, da dies ein kleiner Baustein wäre, der Chemnitz attraktiver mache.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** wäre dankbar, wenn auch die Fraktion FDP mal sagen würde, an welcher Stelle umverteilt werden und wo das Geld herkommen solle.



Abstimmung über den Änderungsantrag von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(wenige Nein-Stimmen, einige Ja-Stimmen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(20 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,  
3 Stimmenthaltungen)**

**Frau Stadträtin Giegengack (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** gibt eine persönliche Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten ab und erklärt, dass sie gegen die Vorlage gestimmt habe.

**Beschluss B-010/2010**

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Frühförderung, Horteinrichtungen für Kinder von Förderschulen sowie in Kindertagespflege (Satzung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege) vom 13. Januar 2009 einschließlich der Änderung entsprechend des beschlossenen Änderungsantrages von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage mit Wirkung ab 1. Mai 2010.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(33 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,  
8 Stimmenthaltungen)**

- 6.4 Vereinbarung zur Förderung der Betreuung von Kindern in Kindertagespflege gemäß Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) und Sächsischem Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (SächsKitaG)  
Vorlage: B-024/2010 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-024/2010**

Der Stadtrat beschließt die Vereinbarung zur Förderung der Betreuung von Kindern in Kindertagespflege gemäß Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) und Sächsischem Gesetz zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (SächsKitaG) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(1 Stimmenthaltung)**

6.5 Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: B-019/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20

---

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass in der Zeit vom 05.11. bis 13.11.2009 die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung stattfand.

Die Frist für Einwendungen von Bürgern und Abgabepflichtigen endete am 25.11.2009. Es gab im Rahmen der Auslegung keine Einsichtnahme und es gab keine Einwendung.

**Herr Bürgermeister Nonnen** hält die Haushaltsrede. *(siehe Wortprotokoll)*

#### Stellungnahmen der Fraktionen

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** hebt hervor, dass mit dem Haushalt 2010 der soziale Ausgleich in Chemnitz gewahrt bleibe und sich auch die Investitionen, die getätigt werden sollen, sehen lassen können. Des Weiteren werde mit dem Haushalt über die eigene Handlungsfähigkeit des Stadtrates und der Verwaltung entschieden. Der gegenwärtige Haushaltsplanentwurf stehe unter dem erheblichen Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise. Er macht aufmerksam auf das ständig sinkende Bruttoinlandsprodukt, auf das sinkende Steueraufkommen und die gestiegenen Personalausgaben. Letztlich müsse man sagen, dass die Bundes- und Landespolitik die Kommunen im Regen stehe lasse. Seine Fraktion erwarte, dass ähnlich wie für die Banken ein Rettungsschirm aufgespannt werde, der die kommunalen Haushalte auf eine sichere, den Aufgaben gerechte Grundlage stelle. Positiv sei zu bewerten, dass die Haushaltssatzung einen ausgeglichenen Haushalt darlege, dass trotz Sparmaßnahmen kein „sozialpolitischer Kahlschlag“ durchgeführt werde. Seine Fraktion unterstütze die Ausführungen des Kämmers zum Schuldenabbaukonzept. Zum Vermögenshaushalt sagt er, dass es seine Fraktion durchaus positiv ansehe, dass die vordringlichen Aufgaben, so das Programm zur Sanierung der Schulen, Kindertagesstätten und Sportanlagen fortgesetzt werde. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass an der beschlossenen Prioritätenliste keinerlei Abstriche zugelassen werden sollten, sondern diese wie beschlossen nach und nach umzusetzen sei. Der Haushaltsausgleich wurde erreicht durch einen massiven Griff in die Rücklagen und zum Zweiten durch die Nichtbesetzung 180 freier Stellen im Jahr 2010. Dafür sei eine Ursache, dass in der Personalentwicklung in der Vergangenheit ausgesprochen nachlässig gearbeitet wurde. Auffällig dabei sei, dass bei der Streichung von Stellen das Dezernat 2 etwas unterrepräsentiert sei. Zum kommenden Haushaltssicherungskonzept sagt **Herr Gintschel**, dass seine Fraktion die frühzeitige Einbeziehung des Stadtrates dabei begrüße. Seine Fraktion möchte schon sehr zeitig auf die Struktur und vor allen Dingen auf die Schwerpunkte im Haushaltssicherungskonzept Einfluss nehmen können. Als Schwerpunkte für das Haushaltssicherungskonzept nennt er, dass dieses nicht zulassen dürfe, dass trotz aller Probleme der soziale Frieden in der Stadt nachhaltig in Gefahr gerate. Des Weiteren müsse im Vermögenshaushalt daran festgehalten werden, dass die Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten und Sporteinrichtungen oberste Priorität vor allen anderen Dingen habe und man sich darauf konzentrieren müsse. Für heute müsse es das Ziel sein, einen Haushalt zu verabschieden, der die Genehmigungsfähigkeit der Landesdirektion finden könne. Er beantragt, dass vor der Beschlussfassung der Haushaltssatzung eine Auszeit zur Beratung in den Fraktionen eingelegt werde.

**Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion)** führt aus, dass während der zu beschließende ausgeglichene Haushalt 2010 bereits Einschnitte von vielen Beteiligten erfordert, sich das tatsächliche Ausmaß der Sparzwänge erst ab 2011 in ganzem Umfang einstellen werde. Die CDU-Ratsfraktion stehe seit Jahren für eine strenge Haushaltsdisziplin, da für die Erhaltung der Handlungsfähigkeit Kosten eingespart werden müssen. Trotzdem gerate man auf absehbare Zeit an die Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung. Er gehe davon aus, dass bei den freiwilligen Aufgaben Einsparungen vorgenommen werden müssen. Er betont, dass letztendlich der Stadtrat den Bürgern gegenüber für seine Arbeit und Aufgaben verantwortlich sei. Dabei könne man bei einer guten Infrastruktur und bei der Wirtschaftsförderung nicht zu knauserig sein, da diese Grundsteine für eine in Zukunft eigenständigere und selbst tragende Vorwärtentwicklung in Chemnitz seien. Die CDU-Ratsfraktion habe sich noch deutlicher als in den vergangenen Jahren mit eigenen Investitionsvorschlägen zurückgehalten, nicht weil der Bedarf nicht erkannt werde, sondern da ein gewisses Augenmaß benötigt werde. Zum Haushaltssicherungskonzept sagt er, dass seine Fraktion es ablehne für rein konsumtive Maßnahmen Schulden aufzunehmen. Als Maßnahmen, welche die CDU-Ratsfraktion dennoch unterstützen möchte nennt er die Sanierung der Turnhalle Einsiedel, die Errichtung einer Ampelanlage an der Zwickauer Straße/Popowstraße und die Einstellung von Planungsmitteln für die Sanierung der Grundschule Rabenstein und begründet diese Maßnahmen. Abschließend erklärt er, dass die CDU-Ratsfraktion der Haushaltssatzung zustimme.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** äußert zu Beginn, dass die Auswirkungen der Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen in den Kassen der Kommunen angekommen seien. Dieser Steuerbonus gehe den Kommunen über die ohnehin zu verkraftenden krisenbedingten Steuerausfälle zusätzlich an die Substanz. Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen ging es Chemnitz finanziell betrachtet in den vergangenen Jahren gut. Es wurde viel Geld in die Sanierung von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Sportstätten investiert und darüber hinaus wurden städtische und freie Kultureinrichtungen ebenso wie die vielfältigen Jugendprojekte mit erheblichen Mitteln unterstützt. Ein großer Teil des städtischen Engagements in diesen Bereichen sei freiwilliger Art und ginge es nach den Forderungen des Freistaates und der Landesdirektion, so müsste man sich künftig vor allem von freiwilligen Aufgaben verabschieden. Selbstverständlich sei eine Kindergelderhöhung oder eine Senkung der Einkommenssteuer wünschenswert. Aber was nützen diese Maßnahmen, wenn die Kommunen durch wegbrechende Einnahmen gezwungen werden, dieses Geld in Form von Gebührenerhöhungen wieder einzukassieren. Wer meint, dass solche Gebührenerhöhungen vermeidbar seien, müsse aber auch sagen, an welcher Stelle bei den Pflichtaufgaben gespart werden solle. Wenn auf Bundes- bzw. Landesebene gespart werde, gehe dies zu Lasten der Kommunen, wie die Nichtbereitstellung von Fördermitteln für die Sanierung von Schulen seitens des Kultusministeriums zeige. Die Bundespolitik folge diesem Beispiel, in dem auf krisenbedingte steigende Ausgaben mit einer Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft reagiert werde. **Herr Brückom** stellt fest, dass die Rahmenbindungen somit für die kommunale Haushaltplanung bescheiden seien und sich der Gestaltungsspielraum gegenüber den Vorjahren wesentlich verringert habe. Trotzdem schlage seine Fraktion auch in diesem Jahr Änderungen vor. Dies betreffe im Verwaltungshaushalt vor allem die Jugendarbeit. So werde vorgeschlagen, die Mittel für die Jugendförderung um 98.000 € zu erhöhen, um den Klub Fokus in Glösa und das Projekt Radio T weiter zu finanzieren. Des Weiteren werde beantragt, die Mittel für die Projekte des lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz um 10.000 € zu erhöhen. Auch werde ein Zuschuss für den Verein „Tiere in Not“ in Höhe von 10.000 € ebenso beantragt sowie eine Erhöhung von Zuschüssen an Kleingartenvereine.

Zur Deckung der Mehrausgaben sollte auf einen Teil der Ausgaben für die Erstellung des Haushaltsicherungskonzeptes und für die Straßenunterhaltung verzichtet werden. Auch die Notwendigkeit von Beratungsleistungen für die Baubürgermeisterin sei für seine Fraktion in der vorgeschlagenen Höhe nicht erkennbar. Im Vermögenshaushalt schlage die SPD-Fraktion die Erhöhung der Mittel um 50.000 € für die Erneuerung von Spielgeräten vor. Ein weiteres wichtiges Anliegen sei die Herstellung von Barrierefreiheit im Stadtgebiet. Auch wurden Änderungsanträge zu zwei Infrastrukturprojekten eingebracht.

**Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP)** erklärt, dass es in erster Linie den Leistungen der Chemnitzer Unternehmen und deren breitem Branchenmix zu verdanken sei, den Haushalt in der vorgelegten Form gestalten zu können. Er stellt fest, dass die Aufgaben- und Ausgabenkritik nicht immer im notwendigen Umfang durchgeführt wurde. Die allgemeine Rücklage der Stadt Chemnitz sei mit dem jetzigen Haushaltsplan endgültig aufgebraucht, woran der Stadtrat selbst mitgewirkt habe. Auch bei der Diskussion zum Haushaltsentwurf 2010 habe man den Eindruck gewonnen, dass eine sachliche Diskussion nicht möglich sei. Man habe einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf um den Preis vorliegen, dass jetzt endgültig weitere Ausgabenträume Geschichte seien. Dabei sei nicht zu verstehen, dass als Deckungsquelle für mehrere Änderungsanträge der SPD-Fraktion allein höhere Grundstückserlöse erhofft werden. Er wirft deshalb die Frage auf, wann man endlich anfangen wolle zu sparen. Es sei bekannt, dass nicht nur sinkende Einwohnerzahlen die Einnahmen der Stadt schrumpfen lassen, sondern dass zugleich die Mittel des Solidarpakts nur noch neun Jahre fließen. Damit Chemnitz zukunftsfähig bleibe, bedarf es einer klaren Prioritätensetzung. Er trägt als vordringlich erforderliche Maßnahmen vor, dass eine Wirtschaftspolitik erforderlich sei, die den anderen Kommunen immer einen Schritt voraus ist. Es werde eine Verwaltung gebraucht, die in ihrem Umfang den zurückgegangenen Einwohnerzahlen entspreche, es werden gute Angebote benötigt, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Auch eine intakte Infrastruktur mit sanierten Kindertagesstätten, Schulen, Straßen und Brücken werde benötigt. Er erklärt, dass die Fraktion FDP der Erhöhung der Elternbeiträge in den Kindertagesstätten nicht zustimme und der Meinung sei, dass die Grundschule Rabenstein endlich saniert werden müsse. Die Entwicklung der Einwohnerzahlen zwingt nicht nur zu baulichen Veränderungen, sondern auch dazu, Prioritäten neu zu setzen und die Ausgabenpolitik der Stadt an der veränderten Situation anzupassen. Es werden Konzepte benötigt, wie die Verwaltung verschlankt werden könne, ohne dabei die Handlungsfähigkeit zu verlieren und wie gegen den Einwohnerrückgang vorgegangen werden solle. Abschließend kritisiert er an der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes, dass eine eigene Schwerpunktsetzung bei der Haushaltsplanung kaum mehr möglich sei, da man vor vollendete Tatsachen gestellt werde und der Stadtrat bei der Beratung unter Zeitdruck gerate. Deshalb fordere seine Fraktion für die Zukunft, dass die Verwaltung frühzeitig das Gespräch mit den Fraktionen suche und nicht erst zum Ende des Jahres. Er erklärt, dass die Fraktion FDP der heutigen Haushaltssatzung noch einmal zustimmen werde, verbunden mit der Forderung, endlich eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenpolitik mit klaren Prioritätensetzungen durchzuführen.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass ihre Fraktion der Haushaltssatzung einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 nicht zustimmen werde. Sie sagt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE den Spar- und Entschuldungskurs des Kämmers in den letzten Jahren konsequent mitgetragen habe. Doch die Grenzen des Sparens seien für sie dort erreicht, wo es auf kommunaler Ebene zu Lasten von Bildung, städtischer Infrastruktur, Natur und Umwelt gehe. Unterlassene Investitionen, nicht besetzte Stellen an neuralgischen Punkten, die Bau begleitende Rechnungsprüfung oder Streichungen im Bereich der Jugendhilfe seien mit Blick auf die Folgekosten nicht wirtschaftlich.

Solide nachhaltige Haushaltspolitik basiere auf weitsichtiger Kommunalpolitik, die sich jedoch nur gestalten lasse, wenn die Rahmenbedingungen kommunaler Selbstverwaltung verlässlich bleiben. Davon könne keine Rede mehr sein. Mit unverhohlener Dreistigkeit greifen Bund und Länder den Kommunen in die Tasche und untergraben so die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung. Verantwortungsvolle Kommunalpolitik müsse das Problem beim Namen nennen und sich wehren. Der Widerstand an der kommunalen Basis werde lauter. Allerdings fehlte es an deutlichen öffentlichen Äußerungen der Oberbürgermeisterin und des Kämmers der Stadt Chemnitz. Ihre Fraktion hätte sich gewünscht, dass nicht bereits jetzt und in vorauseilendem Gehorsam Termine zur Planung der Haushaltskonsolidierung gemacht werden, sondern dass die Oberbürgermeisterin und der Kämmerer gemeinsam mit dem Stadtrat deutlich machen, wo die Grenzen der Belastbarkeit erreicht sind und welche Möglichkeiten der Gegenwehr bestehen. Allein was die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für Unterdreijährige anbelange bringe der Stadt Chemnitz in den Jahren 2011 bis 2013 Mehrbelastungen in Höhe von ca. 2 Millionen € im Vermögenshaushalt und eine reichliche Million € im Verwaltungshaushalt. Zu den gravierenden Folgen verfehlter Finanzpolitik gesellen sich noch die Folgen einer Politik, die durch offenes Bedienen eines bestimmten Klientel die Lage weiter verschärfen. **Frau Zais** erklärt, wer diesem Haushalt zustimme, akzeptierte nach Auffassung ihrer Fraktion auch, dass sich der Bund weiter aus der Finanzierung der sozialen Kosten bei Hartz IV zurückziehe, dass die beschlossene Steuerrechtsänderung zu einer weiteren Schwächung der Einnahmehasis des kommunalen Haushaltes führe, ohne dass ein entsprechender Ausgleich dafür gewährt werde. Nach ihrer Ansicht werde sich das für die Jahre 2011 bis 2013 ausgewiesene Defizit in Höhe von 170 Millionen € weiter erhöhen. Schon heute werde ein Großteil der städtischen Dienstleistungen für einen Preis erbracht, der eine weitere Reduzierung nicht zulasse. Sie betont, dass es bereits eine schlanke Verwaltung gebe, was allein 180 nicht besetzte Personalstellen zeigen, ohne dass gesagt werde, welche Aufgaben wegfallen. Wer diesem Haushalt zustimme, akzeptiere weiterhin, dass der Ausgleich des Haushalts zu Lasten von Familien und Kindern gehe. Die Streichungen im Bereich der Zuschüsse für freie Träger der Jugendhilfe seien für alle bitter. Dies werde auch nicht durch eingebrachte Änderungsanträge wettgemacht, mit welchen das eine oder andere Defizit ausgeglichen werde solle. Sie sagt abschließend, dass wer verantwortlich für die Stadt handle, Nichthinnehmbares auch als solches bezeichnen müsse und für ihre Fraktion bedeute das, die Haushaltssatzung abzulehnen.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** erklärt, dass jedes Jahr zur Haushaltssatzung die Verwaltung Vorschläge mache und sämtliche Fraktionen versuchen ihre Wünsche einzubringen. Er stellt fest, dass der vorliegende Haushalt nicht ausgeglichen sei, da in diesem 1 % Lohnsteigerungen berücksichtigt werden, aber bereits jetzt durch die Arbeitgebervertreter 1,5 % angeboten wurden. So entstehe dort schon eine Lücke. In diesem Zusammenhang solle einmal ernsthaft darüber nachgedacht werden, als Stadt aus dem Arbeitgeberverband auszutreten und sich von den auszuhandelnden Regelungen unabhängig zu machen. Seine Fraktion werde der Haushaltssatzung nicht zustimmen, da die Bezeichnung „ausgeglicherer Haushalt“ einzig und allein auf einer Schönrechnerei der Zahlen basiere und nichts mit der Realität zu tun habe. Der Stadtrat und die Verwaltung müssten endlich den Mut haben, den Bürgern ehrlich zu sagen, dass es nicht weitergehen könne wie bisher, kein Geld für unnötige Vorhaben da sei und man sich auf die konkreten Kernprobleme der Stadt konzentrieren müsse. Für nutzlose Prestigeobjekte sei kein Geld mehr da, schon gar nicht, wenn dafür die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten erhöht werden müssen. Die Änderungsanträge der Fraktionen tragen der jetzigen Situation keine Rechnung. Auch dort werde seine Fraktion nicht mitgehen.

**Herr Stadtrat Wolf (fraktionslos)** fragt, ob er auch eine Stellungnahme zur Haushaltssatzung abgeben könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** sichert zu, dass er als erster Redner in der Haushaltsdiskussion das Wort erhalte und erläutert das Procedere zur Beratung der Haushaltssatzung.

**Herr Stadtrat Wolf (fraktionslos)** erklärt, dass es für ihn und Frau Barthold als fraktionslose Stadtratsmitglieder schwierig gewesen sei, zum Haushalt zu einem Ergebnis zu kommen. Sie brachten Änderungsanträge ein, welche jedoch zurückgezogen wurden, da nicht die entsprechenden Deckungsquellen benannt werden konnten. Er hofft, dass für sie die Zusammenarbeit mit den Fraktionen verstärkt werden könne.

**Pause von 18:15 – 18:43 Uhr**

### **Beratung über den Verwaltungshaushalt**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 1

**Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** erinnert, dass der lokale Aktionsplan im Jahr 2008 beschlossen wurde und im Jahr 2009 mit 40 Projekten realisiert wurde. Da dabei der Budgetrahmen gesprengt wurde, werde beantragt, 10.000 € mehr einzustellen. Sie weist darauf hin, dass es keine Förderung seitens des Freistaates geben werde.

**Frau Stadträtin Kleinertz (CDU-Ratsfraktion)** fragt nach, ob es doch neue Informationen zu einer eventuellen Förderung durch den Freistaat gebe.

**Herr Bürgermeister Runkel** führt aus, dass die Streichung von Fördermitteln für das Jahr 2009 ohne Begründung erfolgte und es nach seiner Kenntnis auch für das Jahr 2010 keine Fördermittel geben werde.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen werde.

### **Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD**

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 2

**Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** informiert, dass es einen steigenden Bedarf für den Verein „Tiere in Not“ gebe und deswegen die Erhöhung der Mittel in Höhe von 10.000 € beantragt werde.

### **Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD**

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Seite 3

**Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE)** weist darauf hin, dass der Bedarf für die Beratung in der Verbraucherzentrale sehr stark ist und deswegen die Erhöhung der Mittel in Höhe von 5.000 € beantragt werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt  
                                  (32 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen,  
                                  2 Stimmenthaltungen)**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 4

**Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** erklärt, dass aus fiskalischen Gründen in verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit Kürzungen erforderlich waren. Da das Radio T eines von drei freien Radios in Sachsen sei und ein medienpädagogisches Projekt durchführt, welches für Chemnitz einmalig sei, werden weitere 48.000 € hierfür beantragt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Seite 5

**Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE)** informiert, dass mit dem Änderungsantrag zusätzliche Mittel in Höhe von 38.000 € für das Jugendmedienzentrum „Bumerang“ auf dem Sonnenberg beantragt werden, da dort medienpädagogischen Arbeit geleistet werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 6

**Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** erläutert, dass aufgrund von Kürzungen im Bereich der mobilen Jugendarbeit für den Kinder- und Jugendclub „Focus“ Streichungen erfolgen mussten. Da es jedoch nicht sein könne, dass eine Entscheidung für einige Projekte im Jugendhilfebereich bedeute, sich gleichzeitig gegen andere Projekte in diesem Bereich zu stellen und „Fokus“ das einzig öffentliche Angebot in Glösa sei, müsse dieser erhalten werden. Deswegen werden zusätzliche Mittel in Höhe von 50.281 € beantragt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Seite 6

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** führt aus, dass der Veranstalter „Die Verreiser“ ebenfalls von Kürzungen betroffen sei. Da der Veranstalter sich jedoch entschieden von kommerziellen Veranstaltern unterscheide und Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher sozialer Schichten und Probleme Reisen ermögliche, werde die Erhöhung der Mittel um 30.000 € beantragt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 7

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** sagt, dass eine Erhöhung um 10.000 € beantragt werde, da bei Zustimmung zum Antrag 43 % der beantragten Förderungen wie z. B. die Unterstützung für die Tafelgärten, der Ersatzneubau eines Klettergerüsts, die Laubsäcke für Pflegeflächen der Stadt und die Verbesserung von Wegesystemen realisiert werden könnten.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

### Beratung über den Vermögenshaushalt

→ Änderungsantrag der Fraktion FDP – Seite 8

→ Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion – Seite 9

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** weist darauf hin, dass die Deckungsquellen beider Anträge unterschiedlich seien und dass der Antrag der CDU-Ratsfraktion zuerst abgestimmt werden solle.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(17 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,  
18 Stimmenthaltungen)**

**Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP)** zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

→ Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion – Seite 10

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass die Turnhalle Einsiedel zwar ein Problem darstelle, die vorgeschlagene Deckungsquelle, das Allwetterbad Bernsdorf, so jedoch nicht zu akzeptieren sei.



Sie informiert, dass der Kultur- und Sportausschuss sich vorgenommen habe, in einer seiner nächsten Sitzungen über eine künftige Prioritätensetzung im Bereich der Sportstättenentwicklung zu beraten und meint, es sollten doch nicht schon im Vorgriff auf künftige Entscheidungen und Planungen finanzielle Dinge außerhalb des Sports beschlossen werden.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** bezieht sich auf die Aussage des Dezernates 6, dass bei der Sanierung der Turnhalle in diesem Jahr die geplanten Mittel realistisch nicht ausgegeben werden könnten und bittet um Darstellung dazu.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** informiert, dass der Vorbereitungsstand der Maßnahme noch nicht so weit vorangeschritten sei, dass ein vollständiger Mittelabfluss erfolgen werde. Es gebe dann entweder einen planmäßigen Ausgabereist oder man müsste in der entsprechenden Form eine Verpflichtungsermächtigung beantragen für das Folgejahr. Also der hundertprozentige Mittelabfluss in der Größenordnung wird nicht möglich sein. Der Gesamtumfang der Mittel scheine aber realistisch.

**Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass die Notwendigkeit des Projektes auch von seiner Fraktion gesehen werde und es wünschenswert gewesen wäre, wenn diese Maßnahme über das Konjunkturprogramm hätte erfolgen können. Die vorgeschlagene Deckungsquelle solle nicht genommen werden, dafür schlägt er als Deckungsquellen die von der Fraktion FDP zur Grundschule Rabenstein vorgeschlagenen Deckungsquellen zur Sanierung der Innenstadt in Höhe von 95.000 € und Feuerwehr in Höhe von 25.000 € vor.

**Herr Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE)** schlägt vor, dass für das Jahr 2010 ein Betrag in Höhe von 150.000 € eingestellt werden solle mit der Deckungsquelle „Fuhrpark“ und für das Jahr 2011 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.000 € beschlossen werde.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** schlägt vor, die Deckungsquelle Fuhrpark mit 130.000 € und die weiteren 120.000 € im Jahr 2011 einzustellen, wenn in diesem Jahr sowieso keine 250.000 € benötigt werden

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** bittet um die konkrete Summe, die für 2010 benötigt werde.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** macht deutlich, dass die Sanierung der Grundschule Einsiedel seit Jahren scheinbarweise erfolge und dringender Handlungsbedarf bestehe. Er meint, zur Verpflichtungsermächtigung, dass das Vorhaben keinen Sinn mache, wenn es nicht in der Gesamtheit in den Jahren 2010/2011 erfolge.

**Herr Bürgermeister Nonnen** informiert, dass zur Grundschule Einsiedel in der Mittelfristplanung ein weiterer Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion vorliege und eine Verpflichtungsermächtigung nur in der Höhe eingegangen werden könne, wie auch tatsächlich Kassenmittel eingestellt werden. Über eine Verpflichtungsermächtigung könne jetzt noch nicht beraten werden, sondern nur über die Summe, die auch tatsächlich mehrheitlich in der Mittelfristplanung 2011 angesetzt ist.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** ergänzt, dass an der entsprechenden Stelle über den Änderungsantrag zu entscheiden sei und somit heute noch darüber entschieden werde.

**Frau Stadträtin Brewig-Lange (Fraktion DIE LINKE)** beantragt eine Auszeit.

**Auszeit von 19:24 – 19:24 Uhr**

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** plädiert noch für das Jahr 2010 für eine Summe zur Erhöhung der Maßnahme Grundschule Einsiedel auf 150.000 €. Das hieße, die Deckungsquelle Fuhrpark statt mit 130.000 € mit 150.000 € zu belasten. Dafür würde die Deckungsquelle Freibad Bernsdorf nicht in Anspruch genommen werden. Somit werde die erste Planungsphase gesichert sein, so dass mit der Haushaltsplanung 2011 zum Freibad Bernsdorf entschieden werden müsse, in welcher Höhe Mittel tatsächlich benötigt werden. Im MIP 2011 müsse man die restliche Summe für die Turnhalle Einsiedel aus der Deckungsquelle Freibad Bernsdorf entnehmen. Er betont, dass am Projekt Freibad Bernsdorf keine Zweifel bestehen.

**Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** stellt fest, dass der vorgeschlagene Kompromiss nur für die Grundschule Einsiedel, jedoch nicht für das Allwetterbad Bernsdorf funktioniere und man sich damit indirekt von der Bäderplanung verabschieden würde.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** wünscht nochmals eine Prioritätenennung seitens der Dezernate 1 und 5.

**Herr Bürgermeister Brehm** informiert, dass die Prioritätenliste zu Schulen im April 2010 im Schulausschuss diskutiert werde und die Grundschule Einsiedel noch nicht in dieser Prioritätenliste enthalten sei. Deswegen könne er keine Auskunft geben, wie die Maßnahme in das Gesamtgefüge passe. Sollte der Änderungsantrag eine Mehrheit finden, werde die Grundschule Einsiedel nicht mehr in die Prioritätenliste aufgenommen, da sich der Sachverhalt dann erledigt hätte. Somit habe die Maßnahme nicht so eine starke Auswirkung auf die Prioritätenliste, als wenn man eine andere Schule dafür streichen müsse.

**Frau Bürgermeisterin Lüth** führt aus, dass in der Schwimmhalle Bernsdorf die wichtigsten Wassersportarten u. a. auch für das Sportgymnasium durchgeführt werden müssen, da dies in anderen Hallen nicht angeboten werden könne. Man müsse planen, welche Priorität ein Ersatzbau der Schwimmhalle in den nächsten Jahren habe. Und dafür werden die veranschlagten Mittel benötigt.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** appelliert an die Fraktion DIE LINKE, eine andere Deckungsquelle zu finden, da das Vorhaben sonst keinen Sinn mache.

**Frau Stadträtin Giegengack (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt, ob die Fraktion DIE LINKE ggf. eine abgespeckte Variante des Bernsdorfer Bades akzeptieren könne, wenn die Zusicherung erfolge, dass entsprechende Mittel eingestellt werden.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** beantragt nochmals eine Auszeit.

**Auszeit von 19:47 – 19:50 Uhr**

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** schlägt vor, dass der eingereichte Änderungsantrag seiner Fraktion mit der neuen Summe in Höhe von 150.000 € bestehen bleibe und der Änderungsantrag seiner Fraktion zum Mehrjahresinvestitionsprogramm an entsprechender Stelle dafür zurückgezogen werde. Weitere Mittel werden mit der Haushaltsberatung für 2011 neu verhandelt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der Fraktion FDP – Seite 11

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt, dass seine Fraktion als Deckungsquelle ihres Änderungsantrages die Brücke über die Aue angegeben habe, da diese Brücke städtebaulich nicht erforderlich sei. Er sagt, dass der Bau der Brücke nicht in der Bauvereinbarung, sondern lediglich in einem vorherigen Protokoll enthalten sei und somit keine Bindungswirkung bestehe und die Stadt entscheide, wann die Brücke gebaut werden könne. Zum Funktionsgebäude auf dem Richard-Hartmann-Platz als 2. Deckungsquelle sagt er, dass diese Maßnahme ebenfalls nicht erforderlich sei und somit die Mittel in Kindertagesstätten für Kindertagesstätten eingesetzt werden sollten.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** weist darauf hin, dass es bei der 2. angegebenen Deckungsquelle nicht um das Funktionshäuschen gehe und der Änderungsantrag entsprechend geändert werden müsste.

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** führt aus, dass im Ausschuss über die Brücke diskutiert wurde und eigentlich niemand diese Brücke haben möchte. Allerdings stehen zu diesem Sachverhalt zwei Aussagen gegenüber. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass die Pflicht zum Brückenbau bestehe und gebaut werden müsse. Er weist darauf hin, dass zusätzliche Mehrkosten entstehen, wenn die Mittel für den Brückbau jetzt als Deckungsquelle genutzt werden und im Nachhinein die juristische Entscheidung fällt, dass die Brücke in jedem Fall gebaut werden müsse. Er sehe sich außer Stand, verantwortungsbewusst zu entscheiden.

**Herr Stadtrat Konrad (Fraktion FDP)** sagt, dass im Bauausschuss erklärt wurde, dass die Brücke gebaut werden müsse. Dies gehe jedoch aus der vorliegenden Vereinbarung nicht hervor.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** informiert zur Geschichte der Maßnahme und geht auf die Grundlagen des Projektes ein. Sie bittet um Umsetzung des Beschlusses des Bauausschusses zum Bau der Brücke.

**Herr Bürgermeister Runkel** fügt hinzu, dass das Protokoll aus dem Jahr 2006 als Vereinbarung zum Bau der Brücke zu werten sei und man davon ausgehen könne, dass die Stadt verklagt werde, wenn die Brücke nicht gebaut werden sollte. Aus Sicht der Verwaltung rät er dringend, diese Deckungsquelle nicht zu beschließen. Zum Funktionsgebäude auf dem Richard-Hartmann-Platz sagt er, dass es sich hierbei um ein Mehrzweckgebäude mit Funktionsräumen handele und dass ein anderes angemietet werden müsse, wenn es dieses nicht mehr geben sollte. Abschließend weist er darauf hin, dass entsprechende Fördermittel bewilligt sind und bereits 20.000 € ausgegeben wurden.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** betont, dass die Brücke nicht materiell sondern nur juristisch benötigt werde und er dieses für zu eng gedacht halte.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** sagt, dass Fortes auf den Bau der Brücke bestehe.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** fragt Frau Bürgermeisterin Wesseler, warum überhaupt über die Brücke diskutiert werde, wenn es vertraglich vereinbart wurde. Dann solle man auch so ehrlich sein und dies zugeben.

**Herr Bürgermeister Runkel** erläutert, dass das Protokoll 2006 aus seiner Sicht der Schriftform ausreichend sei und informiert, dass seitens der Landesdirektion es zum Sachverhalt keine Einschätzung gebe.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** fasst abschließend zusammen, dass es auch im Bauausschuss keine Befürworter für den Bau der Brücke gebe, dass diese aber aufgrund der Vertragstreue gebaut werden müsse und informiert, dass der Bau derzeit noch mit Fördermitteln finanziert werden könne. Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)**, ob diesbezüglich das Gespräch mit Fortes gesucht wurde antwortet sie, dass dies erfolgte und auch eine schriftliche Forderung vorliege.

#### Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt**

→ Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Seite 12

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass es verbindliche Zusagen der SAB zu Fördermitteln gebe und das Projekt schon länger in Planung sei. Der Verein selbst habe ca. 60.000 € eingesetzt und nach der Bau- und Betriebsnahme entstehen der Stadt Chemnitz keine weiteren Kosten. Er informiert über die Arbeit des Vereins und dass der Schwerpunkt der Vereinsarbeit im Sport für Behinderte liege.

**Herr Stadtrat Konrad (Fraktion FDP)** macht Ausführungen zur Arbeit des Vereins und bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag.

#### Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 12

**Frau Bürgermeisterin Lüth** informiert, dass Anträge im Konjunkturprogramm im Sportbereich nicht gefördert werden und somit per sofort keine Fördermittel zur Verfügung stehen. Sie bittet darum die geplanten Mittel im Haushalt zu belassen, um im Kultur- und Sportausschuss darüber beraten zu können.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück und fordert die Verwaltung auf, die Sanierung des Sportforums voranzutreiben.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** macht Ausführungen zur Verteilung von Fördermitteln.

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 13

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** erklärt, dass im Jahr 2009 150.000 € im Haushalt eingestellt waren und seine Fraktion es nicht für vertretbar halte, diese Summe zu kürzen.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** stimmt mit Herrn Möstl überein, möchte aber erklärt haben, ob die angegebene Deckungsquelle realistisch sei.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** erklärt, dass in den vorangegangenen Jahren der Haushaltsansatz ebenfalls durch Änderungsanträge erhöht wurde und diese Höhe durch den Verkauf von Grundstücken bisher erreicht wurde. Er gehe davon aus, dass dies auch in diesem Jahr erreicht werde.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** sagt, dass eine derartige Veränderung der Haushaltsansätze zu keinem zufrieden stellen Ergebnis führen könne.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt  
                                  (30 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen,  
                                  3 Stimmenthaltungen)**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 14

**Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion)** erklärt, dass es bei dem Änderungsantrag darum gehe, Rampen, Bordsteinabsenkungen und Behindertenparkplätze finanzieren zu können und mit den bisher geplanten Mitteln nur das Nötigste getan werden könne.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** fragt, ob die Deckungsquellen zur Veräußerung von Grundstücken so zu verstehen sind, dass die beantragten Maßnahmen erst dann erfolgen, wenn die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen eingegangen seien.

**Herr Bürgermeister Nonnen** sagt, dass dies rechtlich möglich sei.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** bittet, dass in diese Deckungsquelle der Vorbehalt aufgenommen werde, dass die Maßnahmen erst durchgesetzt werden, wenn Mittel in entsprechender Höhe eingenommen wurden. Er betont, dass der Stadtrat zu diesem Vorbehalt verpflichtet sei.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** kann dies nicht verstehen und weist darauf hin, dass dies dann bei anderen Haushaltsstellen ebenso erfolgen müsste.

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** spricht gegen den Antrag des Herrn Dr. Füsslein und erklärt, dass dies nicht rückwirkend für bereits beschlossene Änderungsanträge möglich sein könne.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** äußert, dass Herr Dr. Füsslein der Haushaltssatzung nicht zustimmen dürfe, wenn er der Auffassung sei, dass entsprechend seines Antrages verfahren werden müsse.

**Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion)** spricht inhaltlich für diesen Änderungsantrag.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** bemerkt, dass im Verwaltungs- und Finanzausschuss diese Deckungsquelle ausführlich besprochen wurde. Er ist der Auffassung, dass dieser Vorbehalt dann für alles gelten müsse, was unter der genannten Haushaltsstelle geplant sei.

**Herr Bürgermeister Nonnen** erläutert, dass mit den vorangegangenen Änderungsanträgen ausschließlich Deckungsquellen genannt wurden, wo Ausgaben veranschlagt wurden. Mit dem konkreten Änderungsantrag der SPD-Fraktion sollen jedoch Einnahmen erhöht werden, ohne diese konkret beeinflussen zu können. Dies wäre nicht auf den gesamten Haushalt übertragbar. Er weist darauf hin, dass bei Maßnahmen mit Fördermitteln erst begonnen werde, wenn die entsprechenden Fördermittel bewilligt wurden. Er betont, dass der Stadtrat den beantragten Vorbehalt nicht beschließen müsse aber durchaus beschließen könne. Für rückwirkende Beschlüsse sei dies allerdings nicht möglich.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** erinnert an vergangene Haushaltsberatungen, in welchen Einnahmen dieser Art akzeptiert wurden und hält die Deckungsquelle für legitim.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** stellt den Änderungsantrag:

*„Die Beschlüsse mit der Deckungsquelle 88100.34000 werden unter dem Vorbehalt des Eingangs der Deckungssummen gestellt.“*

Auf den Hinweis des **Herrn Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)**, dass man erst mit der Jahresrechnung die Einnahmen kenne, antwortet **Herr Bürgermeister Nonnen**, dass monatlich über den Stand der Einnahmen informiert werden könne, es aber nahe liegend sei, dass die erwartete Summe erst am Jahresende erreicht werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**  
**(30 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen,**  
**3 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag zum Vorbehalt

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 15

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** führt aus, dass die Deckungsquelle kleinere Maßnahmen betreffe und mit dem Änderungsantrag auf die Höhe zurückgegangen werde, die ursprünglich seitens der Verwaltung mit dem Haushaltsplanentwurf eingereicht wurde. Zur Deckungsquelle sagt er, dass von den eingestellten Mitteln für 2009 keine Mittel für den Parkplatz an der Messe abgeflossen seien und meint, dass 150.000 € daraus entnommen werden könnten.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 16

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** erklärt, es zu der Gehbahn Jagdschänkenstraße eine neue Planung gebe und deshalb die Erhöhung der Mittel beantragt werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** weist darauf hin, dass die Maßnahme nicht zu realisieren sei, wenn sowohl der Änderungsantrag als auch der Sperrvermerk die Zustimmung erhalten.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt, wofür die im Jahr 2009 für diesen Gehweg beschlossenen 40.000 € eingesetzt wurden.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** sagt, dass sie zum Mitteleinsatz keine Aussage treffen könne und sichert eine Nachreichung der Antwort zu.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt**  
**(27 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,**  
**4 Stimmenthaltungen)**

→ Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion – Seite 17

**Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion)** begründet den Änderungsantrag damit, dass die Kreuzung sehr stark frequentiert sei und auch die Besucher der Chemnitzer Tafel diese Kreuzung immer überqueren müssen. Zu den Deckungsquellen informiert sie, dass die Deckungsquellen „Sanierung von Parkwegen“ und „Tierpark Chemnitz“ gestrichen werden.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass sie der Maßnahme, aber nicht der Deckungsquelle „Parkanlagen“ zustimme.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Seite 18

**Herr Stadtrat Bauer (SPD-Fraktion)** führt an, dass die Chemnitzer Straße in Gröna sehr stark befahren und in einem sehr schlechten Zustand sei.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt**

### **Beratung über Verpflichtungsermächtigungen**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beratung über den Finanzplan**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beratung über das Mehrjahresinvestitionsprogramm**

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass hierzu eine Stellungnahme zur Anhörung des Ortschaftsrates Kleinolbersdorf-Altenhain vorliege. Der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion wurde bereits zurückgezogen.

**Herr Stadtrat Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass es als eine Maßnahme des Hochwasserschutzes dringend erforderlich sei, in Altenhain ein Regenrückhaltebecken zu bauen. Als Deckungsquelle werde in gleicher Höhe die Maßnahme „Hochwasserrückhaltebecken Pfarrgrund“ genannt, da dieses nicht benötigt werde. Er bittet das Dezernat 6 zu prüfen, ob die Maßnahme aus dem Jahr 2012 in das Jahr 2011 vorgezogen werden könne.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt, was in dem verrohrt werden solle.

**Herrn Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** interessiert die fachliche Einschätzung der Verwaltung.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** erläutert, dass das Hochwasserrückhaltebecken im Pfarrgrund bereits mit dem Hochwasserschutzkonzept aus dem Jahr 2005 eingeordnet wurde. Die Vorbereitungen seien weit vorangeschritten und entsprechende Fördermittel avisiert. Sie bittet darum, diese Maßnahme nicht als Deckungsquelle zu verwenden. Sie empfehle dem Stadtrat, der beantragten Maßnahme nicht zuzustimmen.

**Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion)** betont, dass das Hochwasserrückhaltebecken nicht mehr erforderlich sei und die veranschlagten Mittel auf das Regenwasserrückhaltebecken übernommen werden sollten. Er bittet der Intention des Ortschaftsrates zu folgen.

**Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion)** weist darauf hin, dass die genannte Deckungsquelle nicht verwendet werden könne, da das Hochwasserschutzbecken mit dem Hochwasserschutzkonzept 2005 erarbeitet wurde und beschlossen wurde.

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** spricht aus Sicht eines Ortschaftsrates und ist der Ansicht, dass man der Auffassung des Ortschaftsrates folgen solle.

**Herr Bürgermeister Runkel** kann zur Sinnhaftigkeit des Hochwasserrückhaltebeckens keine Aussage treffen, betont aber, dass das Hochwasserschutzkonzept beschlossen und die Maßnahme bereits geplant sei.

**Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass kompetente Vertreter der Verwaltung die beantragte Maßnahme befürwortet haben und dass man auf den Ortschaftsrat hören solle.

**Herr Bürgermeister Runkel** weist auf das rechtliche Problem des Hochwasserschutzkonzeptes hin.



**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** schlägt vor, dass in der Haushaltsberatung zur Haushaltssatzung 2011 nochmals über die Problematik beraten werden solle.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, ob Herr Leistner mit einer ergebnisoffenen Prüfung des Sachverhaltes einverstanden sei.

**Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass er nur ein Mitglied des Ortschaftsrates sei und davon ausgehe, dass die Verwaltung zum entsprechenden Zeitpunkt zu ihren Zusagen stehe.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** sagt zu, dass dieser Sachverhalt in der Sitzung des Ortschaftsrates im April 2010 gemeinsam mit der Verwaltung nochmals diskutiert werden könne.

Abstimmung über die Stellungnahme des Ortschaftsrates Kleinolbersdorf-Altenhain

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

#### Beratung über die Wirtschaftspläne

→ Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion DIE FRAKTION DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

#### Beratung über den Stellenplan

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt in Bezug auf den Beschluss B-010/2010 wie viel Stellen neu eingestellt werden müssen und aus welcher Deckungsquelle diese finanziert werden sollen.

**Herr Bürgermeister Brehm** erklärt, dass 33,2 AE im Stellenplan enthalten seien und diese nicht nachgebessert und der Stellenplan somit nicht geändert werden müsse.

**Herr Bürgermeister Nonnen** führt aus, dass der Sachkostenzuschuss für die Freien Träger erst ab Mai 2010 finanziert werden müsse und gehofft werde, dass die Regelung für die Kosten der Unterkunft verbessert werde. Sei dies nicht der Fall, werde man bis zum In-Kraft-Treten der Satzung eine andere Deckungsquelle finden müssen.

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt, ob die Stellen im Sammelnachweis 1 gedeckt seien.

**Herr Bürgermeister Brehm** erklärt, dass im Sammelnachweis 1 die Kompensation durch 52 abgehende Stellen in der Zentralverwaltung erfolgen werde.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt, wie der Beschluss zu den Betreuungszeiten mit 7,5 Stunden bisher finanziert wurde.

**Herr Bürgermeister Brehm** weist darauf hin, dass die 180 Stellen erst ab 2010 gelten.

## **Beratung über Veränderungen bei den Haushaltsvermerken**

Es besteht kein Handlungsbedarf.

## **Haushaltssatzung**

### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu § 4 (1) der Haushaltssatzung**

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass mit der bisherigen Grenze in Höhe von 100.000 € weiter gearbeitet werden solle. Er sagt, dass dies kein Misstrauen gegenüber der Verwaltung ausdrücken solle, dass aber der Stadtrat über höhere Ausgaben zumindest im Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließen solle, da daraus auch Verschiebungen gegenüber dem Haushalt erkennbar seien.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** führt an, dass seine Fraktion den Änderungsantrag unterstützen werde.

**Herr Bürgermeister Nonnen** erläutert, dass die Summe in Höhe von 200.000 € als Grenze vorgeschlagen wurde, da über die Jahre eine Kostenentwicklung erfolgte und die Verwaltung flexibler handeln könnte.

### **Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**  
**(31 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen,**  
**4 Stimmenthaltungen)**

**Pause 21:57 bis 22:11 Uhr**

Durch **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** wird die Haushaltssatzung in ihren aktualisierten Teilen verlesen.

**Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP)** erklärt, dass aufgrund verschiedener bestätigter Änderungsanträge nicht alle Mitglieder der Fraktion FDP der Haushaltssitzung zustimmen werden.

### **Beschluss B-019/2010**

Der Stadtrat beschließt nachstehende Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2010.

### **Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2010**

Aufgrund von § 74 SächsGemO hat der Stadtrat der Stadt Chemnitz in der Sitzung am 27. Januar 2010 mit Beschluss-Nr. B-019/2010 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen:

#### **§ 1**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen von		696.410.732 EUR
den Ausgaben von		696.410.732 EUR
davon im Verwaltungshaushalt	Einnahmen von	563.254.523 EUR
	Ausgaben von	563.254.523 EUR
im Vermögenshaushalt	Einnahmen von	133.156.209 EUR
	Ausgaben von	133.156.209 EUR
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von		15.700.000 EUR
3. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen von		42.304.712 EUR

#### **§ 2**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 75.000.000 EUR

#### **§ 3**

Die Hebesätze wurden festgesetzt

1. für die Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf		300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf		475 v. H.
der Steuermessbeträge;		
2. für die Gewerbesteuer auf		450 v. H.
der Steuermessbeträge.		

#### **§ 4**

(1) Über- und außerplanmäßige Ausgaben nach § 79 Abs. 1 SächsGemO sind als erheblich zu betrachten, wenn sie im Einzelfall 200.000 EUR übersteigen. Bis zu diesem Betrag ist der Stadtkämmerer ermächtigt zu entscheiden. Der Kämmereramtsleiterin wird bis zu einem Betrag von 25.000 EUR die Ermächtigung dazu erteilt. Diese Wertgrenzen gelten auch für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bei Einhaltung des im § 1 Nr. 3 ausgewiesenen Gesamtbetrages.

(2) Über- und außerplanmäßige Ausgaben für Maßnahmen des Konjunkturprogrammes II gelten einschließlich der Deckungsquellen generell als unerheblich.

## § 5

Der Wirtschaftsplan des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Chemnitz wird festgesetzt

1.	im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von	31.998.791 EUR
	mit Aufwendungen in Höhe von	31.513.306 EUR
	mit einem Jahresüberschuss von	485.485 EUR
	im Vermögensplan mit Einnahmen in Höhe von	5.422.488 EUR
	mit Ausgaben in Höhe von	6.568.293 EUR
2.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	0 EUR
3.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen von	1.000.000 EUR
4.	mit dem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von	1.000.000 EUR

Der Wirtschaftsplan des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz wird festgesetzt

1.	im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von	30.465.645 EUR
	mit Aufwendungen in Höhe von	25.018.410 EUR
	mit einem Jahresüberschuss von	5.447.235 EUR
	im Vermögensplan mit Einnahmen in Höhe von	46.654.625 EUR
	mit Ausgaben in Höhe von	45.051.950 EUR
2.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	24.911.500 EUR
3.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen von	6.630.000 EUR
4.	mit dem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von	1.000.000 EUR

Der Wirtschaftsplan des Friedhofs- und Bestattungsbetrieb der Stadt Chemnitz wird festgesetzt

1.	im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von	4.215.810 EUR
	mit Aufwendungen in Höhe von	4.133.292 EUR
	mit einem Jahresüberschuss von	82.518 EUR
	im Vermögensplan mit Einnahmen in Höhe von	912.770 EUR
	mit Ausgaben in Höhe von	740.735 EUR
2.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	0 EUR
3.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen von	0 EUR
4.	mit dem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von	250.000 EUR

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Das TIETZ" Eigenbetrieb der Stadt Chemnitz wird festgesetzt

1.	im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von	2.592.398 EUR
	mit Aufwendungen in Höhe von	10.835.024 EUR
	mit einem Jahresfehlbetrag von	8.242.626 EUR
	im Vermögensplan mit Einnahmen in Höhe von	8.758.486 EUR
	mit Ausgaben in Höhe von	8.758.486 EUR
2.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	0 EUR
3.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen von	0 EUR
4.	mit dem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von	0 EUR

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**  
**(38 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,**  
**4 Stimmenthaltungen)**

**Herr Stadtrat Lesch (Fraktion FDP)** gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab und erklärt, dass er der Haushaltssatzung nicht zugestimmt habe.

- 6.6 Verordnung der Stadt Chemnitz über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2010  
Vorlage: B-011/2010 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32
- 

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** spricht zu dieser und der Beschlussvorlage des nächsten Tagesordnungspunktes und erklärt, dass seine Fraktion den Vorlagen mehrheitlich zustimmen werde. Er informiert zu einer gemeinsamen Beratung der Verwaltung, Mitgliedern der Fraktionen und den Centermanagern im Februar 2009 und denkt, dass dort Kompromisse ausgehandelt wurden, den man zustimmen könne.

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** führt aus, dass der Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs nicht lebensnotwendig sei und informiert zur Entscheidung des Verfassungsgerichts zu Gunsten der Klägerin zur Grundsatzfrage der verfassungsrechtlichen Grenzen der Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen. Wenn sich im Stadtrat mehrheitlich für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen ausgesprochen werde, müssten diejenigen, die dieser Entscheidung zugestimmt haben, dafür Sorge tragen, dass Kinder der Beschäftigten adäquat in Kindertagesstätten betreut werden können. Sie spricht sich jedoch gegen die Arbeit an Sonn- und Feiertagen aus und verweist darauf, dass die Umsätze an diesen Tagen nicht steigen. Sie sieht dies auch im Zusammenhang, dass junge Leute ihre Perspektive nicht in Chemnitz sehen.

**Beschluss B-011/2010**

Der Stadtrat beschließt die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2010 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

- 6.7 Verordnung der Stadt Chemnitz über das Offenhalten von Verkaufsstellen außerhalb der gesetzlich festgelegten Ladenöffnungszeiten aus bestimmtem Anlass im Jahr 2010  
Vorlage: B-012/2010 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-012/2010**

Der Stadtrat beschließt die Verordnung der Stadt Chemnitz über das Offenhalten von Verkaufsstellen außerhalb der gesetzlich festgelegten Ladenöffnungszeiten aus bestimmtem Anlass im Jahr 2010 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

- 6.8 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Rettungszweckverband Chemnitz/Stollberg, dem Landkreis Erzgebirge und dem Landkreis Mittelsachsen über den Bau und Betrieb der Integrierten Regionalleitstelle am Standort Chemnitz  
Vorlage: B-013/2010 Einreicher: Dezernat 1/Amt 37
- 

**Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion)** fragt in welchen Jahresscheiben die erforderliche Bezuschussung in Höhe von 400.000 € erfolgen solle.

**Herr Bürgermeister Brehm** erklärt, dass der Leitstellenzweckverband eine eigene juristische Person mit einem eigenen Haushalt sei und Umlagen an seine Verbandsmitglieder richten werde. Für die entsprechenden Jahresscheiben müssten die Mittel dann in den städtischen Haushalt eingestellt werden.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** möchte wissen, ab Alternativen für diesen Bau geprüft wurden.

**Herr Bürgermeister Brehm** antwortet, dass es keine bestehenden Gebäude gebe, die genutzt werden könnten. Er sagt, dass dieser Platz gewählt wurde, da er gut zwischen der Feuerwehr und dem Rettungszentrum gelegen sei.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** fragt, wie der Stand der Abstimmung der übrigen Landkreise sei und was vertragsrechtlich erfolge, wenn diese Änderungen zum vorliegenden Vertragsentwurf wünschten.

**Herr Bürgermeister Brehm** informiert, dass die Kreistage den Vertrag bereits beschlossen haben.

#### **Beschluss B-013/2010**

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Rettungszweckverband Chemnitz/Stollberg, dem Landkreis Erzgebirge und dem Landkreis Mittelsachsen über den Bau und Betrieb der Integrierten Regionalleitstelle am Standort Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage abzuschließen.

#### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

---

#### 7 Informationsvorlage

---

##### 7.1 Pächterlass für Kleingärtner mit Chemnitzpass auf kommunalen Flächen Vorlage: I-006/2010 Einreicher: D6/Amt 67

---

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

#### 8 Beschlussanträge

---

##### 8.1 Konzept zur Beseitigung der Defizite im Sporthallenbereich Vorlage: BA-001/2010 Einreicher: CDU-Ratsfraktion

---

Der Beschlussantrag wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

##### 8.2 Nachnutzungskonzept Markthalle Vorlage: BA-002/2010 Einreicher: CDU-Ratsfraktion

---

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt, mit welchen personellen Ressourcen dieses Konzept erstellt werden solle.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass aus Sicht seiner Fraktion dem Beschlussantrag nicht zuzustimmen sei. Er weist darauf hin, dass mit der Annahme des Antrages die Zuständigkeit nicht mehr bei dem privaten Eigentümer, sondern bei der Verwaltung liege und dies so nicht sein könne. Die Verwaltung könne dabei lediglich unterstützend tätig sein. Aus diesem Grund bringt er folgenden Änderungsantrag seiner Fraktion ein:

*„Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, dem Eigentümer der historischen Markthalle im Rahmen insbesondere der städtischen Möglichkeiten Unterstützung bei der Erarbeitung eines tragfähigen Nachnutzungskonzeptes zu geben. Dabei liegt die Verantwortung beim Eigentümer.“*

*Wenn möglich stellt der Eigentümer im Juni 2010 im Verwaltungs- und Finanzausschuss sein Konzept vor,“*

**Herr Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP)** betont, dass die Markthalle im Besitz eines privaten Eigentümers sei und es nicht im Interesse der Bürger liege, einen privaten Investor mit Steuermitteln zu unterstützen. Er sagt, dass sowohl der Beschlussantrag als auch der Änderungsantrag abgelehnt werden sollten.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** weist darauf hin, dass in der Verwaltung keine personellen Ressourcen für diese Aufgabe vorhanden seien.

**Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion)** möchte auf Grund der Diskussion den Beschlussantrag zurückziehen und stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

---

9      Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** gibt schriftliche Anfragen zur Direktverbindung Chemnitz – Berlin und zur Thematik Chemnitzer Kieselhölzer ab. Da er zum 2. Sachverhalt einen umfangreichen Fragenkatalog abgibt, verzichtet er in diesem Fall auf die Einhaltung der Frist für die Beantwortung und ist mit der Antwort bis Ende März 2010 einverstanden.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt im Zusammenhang mit dem Haltepunkt Küchwald nach, wann die nächste Sitzung des VMS stattfindet.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** sichert eine schriftliche Information zu den Terminen zu.

**Frau Stadträtin Köhler (fraktionslos)** übergibt schriftliche Anfragen zum Verkehrslandeplatz Jahnsdorf.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** fragt, ob es erforderlich sei, Freizeiteinrichtungen, welche sich draußen befinden wirklich bis tief in die Nacht zu beleuchten. Hierzu bezieht sie sich insbesondere auf den Konkordiapark.

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** gibt schriftliche Anfragen ab.

- 10 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Bauer (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Haase (Fraktion FDP)** bestätigt.

\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schließt die Sitzung.

.....  
Datum *Barbara Ludwig*  
Barbara Ludwig  
Vorsitzende  
des Stadtrates

08.02.2010 .....  
Datum Bauer  
Mitglied  
des Stadtrates

08.02.2010 .....  
Datum Haase  
Mitglied  
des Stadtrates

.....  
Datum *Seidel*  
Seidel  
Schriftführerin